

Horst Pöttker

Prinzip Folgentransparenz

Über die Orientierungsaufgabe von Journalisten

Methode und Wahrheit

Werturteilsstreit am Anfang des Jahrhunderts, Positivismusstreit in den sechziger Jahren, Konstruktivismusdebatte heute: Drei Etiketten, hinter denen sich ein zyklisch wiederkehrendes Muster sozialwissenschaftlicher Auseinandersetzung mit den Grundbegriffen „Wahrheit“ oder „Wirklichkeit“ verbirgt. Denn es ist immer wieder dasselbe Paradigma, das ein ums andere Mal den Sieg davonträgt. Charakteristisch für diese seit der Aufklärung sich durchsetzende Sichtweise ist, daß Wahrheit und Wirklichkeit als *erkenntnistheoretische*, wenn nicht *methodologische* Probleme betrachtet werden. Ein wesentliches Ergebnis solcher auf die Verfahrensweise konzentrierten Reflexion ist die Einsicht, daß „Wirklichkeit“ nur ein Konstrukt subjektiver Selektion aus der prinzipiell unbegrenzten und unkontrollierbaren Menge alles Wiss- und Kommunizierbaren sein kann, das aufgrund dieser Selektivität nolens volens mit Wertungen behaftet ist. „Wahrheit“ ist aus diesem erkenntniskritischen Blickwinkel niemals als unverändert überlieferbare Substanz, sondern allenfalls als *Prozeß* eines intersubjektiven Diskurses vorstellbar, wobei wiederum Verfahrensregeln, durch die dieser Prozeß offengehalten werden kann, vor allem das Prinzip der *Deklaration* von Quellen, Prämissen, Zweifeln, Befangenheiten und Interessen, als Substrat der unvollendbaren Objektivität ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken.

Solcher *prozeduralen Vernunft* wohnt ein Skeptizismus inne, der Absolutheitsansprüchen und durch sie legitimierter Herrschaft den kulturellen Nährboden entzieht. Wo die Einsicht zum „common sense“ gehört, daß Wahrheit unvollendbar und damit relativ ist, wird die Behauptung, Menschen müßten um der Durchsetzung einer Idee willen ihrer Freiheit oder gar ihres Lebens beraubt werden, schwerlich breite freiwillige Zustimmung finden, selbst wenn die betreffende Idee für plausibel gehalten wird. Nicht zufällig steht neben der prozeduralen Vernunft auch die *Toleranz* auf dem Programm der Aufklärung, und Symbolfiguren des Terrors wie Robespierre, die ihre Schreckensherrschaft im Namen von Menschlichkeit, Gleichheit und Gerechtigkeit errichten, gelten zu Recht als Perversionen, ja Antipoden der Aufklärung, indem sie noch für deren Ideen selbst einen durch keine Verfahrenslogik begründbaren Absolutheitsanspruch erheben.

Die Frage, wie es zu solchen Terrorregimen überhaupt kommen kann, führt freilich auch zur Schattenseite der prozeduralen Vernunft. Wenn nämlich nicht nur die vom Absolutheitsanspruch der jeweiligen Ideologie überzeugten Aktivisten zur Entstehung und Fortdauer von Unterdrückung beitragen, sondern ebenso die Zur-Seite-Schauer und Mitläufer, dann können auch erkenntnistheoretisch begründeter Skeptizismus und daraus gespeiste Toleranz zu Wurzeln des Terrors werden, indem sie die Habitualisierung einer Laissez-faire-Haltung fördern. Prozedurale Liberalität stößt dort an Grenzen, wo sie sich – auch das zumal in der „Postmoderne“ eine durchaus aktuelle Verfallsform der Aufklärung – zu Indifferenz, Gleich-Gültigkeit und radikalem Relativismus auswächst.

Wenn der Wahrheitsbegriff ausschließlich auf erkenntniskritischen Kriterien fußt, gerät leicht in Vergessenheit, daß die außersubjektive *Wirklichkeit* eine eigentümliche Beschaffenheit hat, zu der das Subjekt noch in anderen Beziehungen steht als denen der Erkenntnis, denen die Erkenntnisanstrengung und die Kommunikation ihrer Ergebnisse („Information“) aber gerecht werden müssen. Beispielsweise wäre es nicht nur zynisch, sondern eben auch unwahr, die Erfahrungen von Terroropfern als Produkte der Selektivität subjektiver Wahrnehmung zu deuten, denen die aus der ebenfalls selektiven Wahrnehmung von Unbeteiligten oder Tätern sich ergebenden Konstrukte gleichwertig gegenüberstünden. Nicht nur dieses Beispiel lehrt: Von *Wahrheit* und *Wirklichkeit* läßt sich nicht sinnvoll reden, ohne daß auch auf den *Inhalt* von Erfahrung, Erkenntnis und Information ernstlich Bezug genommen wird.

Die inhaltsbezogene, beispielsweise von der Kirche seit jeher praktizierte, und die erkenntniskritische, der Aufklärung zu verdankende Bestimmungsweise des Wahrheitsbegriffs sind im Hinblick auf ihre soziopolitische Wirksamkeit also mit je spezifischen, komplementären Stärken und Schwächen behaftet: Festigkeit, die zum Dogmatismus werden kann, hier – Beweglichkeit, die zum Opportunismus werden kann, da, wobei mit einem Gewinn an der einen Qualität stets ein Verlust an der anderen verbunden ist.

Max Weber hat dies in die Gegenüberstellung von Gesinnungsethik und Verantwortungsethik gefaßt. In ihrer Rezeption wird häufig übersehen, daß er keineswegs nur die Verantwortungsethik gelten lassen wollte. Vielmehr erkannte er klar, daß sie in Beliebigkeit ausarten kann, weshalb sie in gesinnungsethischer Prinzipientreue ihre Grenzen finden müsse.¹ Daß diese Überlegung gesellschaftspolitisch relevant ist, zeigt ein bekanntes historisches Beispiel: Während die *NSDAP* bei den protestantischen Wählern norddeutscher Großstädte schon verhältnismäßig früh Fuß fassen konnte, gab es auch Jahre nach der Machtübergabe an Hitler und unter repressiver Einflußnahme der herrschenden Nazis auf die Stimmabga-

be in konservativ-katholischen, ländlich geprägten Gebieten immer noch eine erhebliche Zahl von Wählern, die ihr die Zustimmung verweigerten.² Es bietet sich an, die geringere Resistenz des liberalen protestantischen Milieus, das zweifellos stärker von der Toleranzidee der Aufklärung affiziert war, auf ein Defizit an inhaltlichem Grundsatzbewußtsein in diesem Milieu zurückzuführen.

Angesichts der Komplementarität von Vorzügen und Nachteilen sollte es sich verbieten, die prozedurale, auf Noch-zu-Erkennendes hin orientierte Rationalität und die substantielle, auf den Inhalt von schon Erkanntem rekurrierende Vernunft als sich ausschließende Alternativen aufzufassen. Sinnvoller wäre es, mögliche *Synthesen* zwischen den zwei Herangehensweisen auszuloten, um eine Vorstellung von der Konstitution der Wahrheit zu entwickeln, die sich nach beiden Seiten hin durch ein Optimum an Resistenz gegen die Gefahr sowohl des Dogmatismus als auch des Opportunismus auszeichnet.

Bemerkenswert hierfür ist die Argumentation des katholischen Theologen Johann Baptist Metz, der innovativ und erfolgreich versucht, substantielle Vernunft, die der prozeduralen Rationalität die notwendige Grenze setzt, als „anamnetische Vernunft“ konkreter zu bestimmen.³ Es hat natürlich mit der christlichen Tradition zu tun, wenn Metz die *Vergegenwärtigung des Leidens anderer*, zum Beispiel von Terror-Opfern, als jenes universale, nicht durch Toleranz relativierbare Prinzip anvisiert, das den Kern der substantiellen Vernunft ausmacht. Dieser Vorschlag erscheint vor allem deshalb bemerkenswert, weil er realistischer und weniger instrumentalisierbar ist als die von der Kritischen Theorie genährte Illusion, Wahrheit müsse zur Auflösung von Herrschaft führen.

Wahrheit und Gesellschaft

Bevor die Medienethik sich bei der Bestimmung der Wahrheitsqualität um die Bildung einer Synthese bemühen kann, gilt es zunächst, den Vorsprung, der auf dem prozeduralen Argumentationsstrang erarbeitet worden ist, durch Reflexionen über die Struktur von *Informationsinhalten* aufzuholen, die Journalisten nicht vernachlässigen dürfen, wenn sie dem Wahrheitsgebot nachkommen wollen. Es geht dabei um die Bestimmung einer Struktur von Inhalten, die um Wahrheits- und Wirklichkeitsnähe bemühten Journalisten *zusätzlich* zu den methodischen Standards der Wahrhaftigkeit wichtig sein sollten.

Die Ethik der Öffentlichkeitsberufe hat mit der Standesethik etwa der Ärzte, der Priester oder der Rechtsanwälte gemeinsam, daß sie zwar in die allgemeine Ethik eingebettet ist, sich aber deutlich erkennbar aus dieser heraushebt. Charakteristisch dafür ist zum Beispiel, daß der Verhal-

tenskodex des Deutschen Presserats für Journalisten einerseits universale, im Prinzip für alle Menschen Geltung beanspruchende Normen enthält, etwa das Verbot, andere Menschen physisch oder psychisch zu gefährden bzw. ihre Privatsphäre zu verletzen (Wahrung der Menschenwürde), andererseits aber auch auf die besondere Aufgabe dieser Berufsgruppe (Herstellung von Öffentlichkeit) zugeschnittene Imperative wie die Gebote, Werbung vom redaktionellen Teil zu trennen oder Fehlinformationen an Ort und Stelle zu korrigieren. Daß universale und professionelle Normen auch in Konkurrenz miteinander treten können und daß es in solchen Fällen nicht von vornherein klar sein muß, welche Kategorie die andere übertrumpft, zeigt sich beispielsweise an der Forderung des Presserats, es sei sorgfältig abzuwägen zwischen dem Informationsinteresse der Öffentlichkeit und den schutzwürdigen Persönlichkeitsrechten des Individuums.⁴

Auch eine nicht-prozedurale Bestimmung der Struktur wahrheitsgemäßer Informationsinhalte im Rahmen der Medienethik, wie sie hier versucht werden soll, muß sowohl universale wie berufsspezifische Aspekte berücksichtigen. Wenn Johann Baptist Metz mit seinem Plädoyer für anamnetische Vernunft auf die christliche Tradition zurückgreift, ist davon zwar für die berufsspezifische Dimension solcher Überlegungen nicht viel Klärendes zu erwarten, denn Jesus hat ja für alle Menschen gelitten und nicht nur für die Angehörigen einer bestimmten Profession. Konsequenterweise stellt Metz das Sich-Erinnern an die Leiden anderer auch nicht als eine gruppenspezifische Aufgabe dar, sondern als substantielles Vernunftsprinzip der Politik im Sinne einer Sphäre, die alle betrifft und an der daher jede(r) Bürger(in) sich beteiligen (können) sollte. Aber für die universalistische Dimension bedeutet die Idee der anamnetischen Vernunft auch in der Medienethik einen erheblichen Gewinn. Daß sich für die journalistische Information immer und überall die Aufgabe stellt, menschliches Leid öffentlich zu machen, geht z.B. aus der in den *Publizistischen Gesamtplan* der EKD von 1979 eingegangenen Forderung Robert Geisendörfers hervor, evangelische Publizistik habe im Sinne einer Stellvertreterfunktion benachteiligten Gruppen, die sich sonst kein Gehör in der Gesellschaft verschaffen können, eine Stimme zu leihen.⁵ Das war natürlich auch als Kritik an den „säkularen“ Medien gemeint.

Journalismus und andere Öffentlichkeitsberufe sind freilich erst durch eine sozio-kulturelle Entwicklung, die wesentlich jünger ist als die christliche Tradition, notwendig geworden und tatsächlich entstanden. Mehr als von dieser ist daher von einer *Analyse der modernen Gesellschaftsstruktur* für die Frage zu erhoffen, was Wahrheit oder Wirklichkeitsnähe jenseits prozeduraler Bestimmungen für diese Berufe bedeuten kann. Auch dieser professionelle Anteil an der substantiellen Produktionsethik der

Medien läßt sich freilich noch in den universalistischen Rahmen anamnetischer Vernunft integrieren, wenn man die Analyse unter die Leitfrage nach dem charakteristischen Leid des Menschen an der Moderne stellt. Das legt eine handlungstheoretische Sichtweise nahe, die sich für die subjektiven Motive und Empfindungen der Handelnden interessiert.

Gesellschaft und Entfremdung

Der Versuch, Antworten auf die Frage nach Wahrheit und Wirklichkeit im Journalismus nicht erkenntnistheoretisch, sondern *gesellschaftstheoretisch* zu fundieren und dabei anamnetische Vernunft walten zu lassen, hebt zwangsläufig mit einer Besinnung auf jenes konstitutive Strukturmerkmal der Gesellschaft an, das das spezifische Leiden an der Moderne hervorbringt.⁶

Max Weber hat dieses Charakteristikum als umfassende (Zweck-)Rationalisierung des Lebens beschrieben, für die ihm das berühmte Wort vom „stahlharten Gehäuse“⁷ der Hörigkeit nicht übertrieben erschien, um die Belastung des Individuums durch die Sozialstruktur zum Ausdruck zu bringen.

Wenn es überhaupt einen Konsens in der Sozialwissenschaft gibt, dann ist es die von ihrem Anfang an für wahr gehaltene und besonders von der Systemtheorie bis zum Exzeß durchgespielte Prämisse, daß alle gesellschaftliche Entwicklung im Prinzip ein Prozeß fortschreitender *funktionaler Differenzierung* ist, der „Institutionen“ entstehen läßt, deren jede sich ganz auf die Erfüllung einer bestimmten oder einiger weniger für das Zusammenleben von Menschen notwendiger Aufgaben konzentriert. Die moderne Gesellschaft ist insofern ein signifikantes Stadium dieses Prozesses, als sie nicht nur eine vorher nie dagewesene Zahl solcher Institutionen umfaßt; sondern auch wegen deren innerer Verfassung, für die eine unaufhebbare Neigung zur Herausbildung bürokratischer Organisationsstrukturen charakteristisch ist. Die für Bürokratien typischen Elemente wie Plan- und Rechenhaftigkeit, genau fixierte horizontale und vertikale Kompetenzverteilung, Nachvollziehbar- und Kontrollierbarkeit aufgrund von Aktenkonservierung usw. bilden sich in vielfältigen Ausprägungen und Kombinationen heraus, damit die Institutionen ihre spezifischen Funktionen optimal erfüllen können. Insofern ist die *Bürokratisierung* ein integraler Bestandteil der Modernisierung.

Woran leiden Menschen, die gegenüber einer Vielzahl von bürokratischen Institutionen handeln müssen und von diesen sozusagen „umstellt“ sind?

Der Mensch der Moderne, der fortwährend mit Behörden, Schulen und Universitäten, Industrieunternehmen, Bahn, Post, kirchlicher Verwal-

tung, Gewerkschaften, oder Rundfunkanstalten in Kontakt steht, bekommt von diesen „Institutionen“ ebenso fortwährend bedeutet, daß sein Handeln für sie *keine Folgen* haben kann, weil sie sich ausschließlich an die um ihres Existenzzwecks willen fixierten Regeln, also Gesetze, Verordnungen, Dienstpläne, Kompetenzverteilungen in Organisationsstrukturen usw. halten müßten. Der strikte Verweis auf die angebliche Eigendynamik einer Institution kann explizit gegeben werden, wenn beispielsweise der Beamte bei der Ablehnung eines Gesuchs bedauernd auf seine Vorschriften hinweist; er kann aber auch implizit geschehen, weil ja jeder zu wissen glaubt, daß man am Fahrplan oder am Fernsehprogramm nichts ändern kann, wenn einem eine Zugverbindung oder eine Sendung nicht paßt. Die für die moderne Gesellschaft typische Erfahrung des Subjekts, permanent auf die Wirkungslosigkeit seiner Intentionen und Aktivitäten hingewiesen zu werden, muß auf die Dauer dazu führen, daß das Subjekt von vornherein darauf verzichtet, Folgen des eigenen Handelns zu berücksichtigen.

Dieser für die Moderne charakteristischen Handlungsweise („Rezeptivität“) wohnt freilich ein *Irrtum* inne, denn tatsächlich sind ja bürokratische Großinstitutionen keineswegs unabhängig von ihrem Publikum, sondern richten sich nach dessen Handlungsweisen etwa bei Wahlen, beim Konsum oder bei der Mediennutzung. Daß das Publikum durchaus Möglichkeiten hat, Institutionen zu beeinflussen, demonstriert beispielsweise das penetrante Interesse der Medienproduzenten für Auflagenzahlen und Einschaltquoten.

Die sich aus der Kunden- oder Klientenbindung der Institutionen ergebenden Auswirkungen von Handlungen sind allerdings für dessen Subjekt *schwer wahrnehmbar*, weil zeitversetzt und an die Bedingung geknüpft, daß viele andere Subjekte ähnlich handeln. Nicht das Fehlen von Handlungsfolgen, sondern deren *Ungleichzeitigkeit* und *Undurchschaubarkeit* bringen also in komplexen Strukturen das Phänomen der epidemischen Rezeptivität hervor. Wenn Bürokratien sich unabhängig vom Tun und Lassen, Wünschen und Fürchten der Menschen verhalten, dann nicht zuletzt deshalb, weil sie aufgrund ihrer ostentativen internen Zweckrationalität *fälschlich* für unabhängig von ihrer äußeren Umwelt *gehalten werden*. Erst dieses „falsche Bewußtsein“ verleiht den großen Institutionen ihre scheinbar erdrückende Macht.

In Anlehnung an Hegel und Marx kann die durch gesellschaftliche Komplexität hervorgebrachte Unfähigkeit, strukturelle Ablagerungen des eigenen sozialen Handelns als solche zu erkennen, *Entfremdung* genannt werden.⁸ In Anlehnung an Max Weber, der es „Verantwortungsethik“ nannte, die Folgen des eigenen Handelns so zu berücksichtigen, daß man für sie eintreten kann⁹, läßt sich die These bilden, daß die Komplexitäts-

bedingte Undurchsichtigkeit von Handlungsfolgen *Verantwortungslosigkeit* nach sich zieht. Beide Begriffe spielen in zivilisationskritischen Deutungen der Moderne eine eminente Rolle.

Entfremdung und Interaktion

Warum geht der durch die moderne Sozialstruktur nahegelegte Verzicht darauf, sich der Auswirkungen des eigenen Handelns auf die materielle und soziale Umwelt bewußt zu werden, mit Leid einher, wie mit dem Begriff „Entfremdung“ behauptet wird? Warum muß darin ein Problem gesehen werden, wie es der Begriff „Verantwortungslosigkeit“ impliziert?

Im Blick auf das Individuum läßt sich diese Frage nur vor dem Hintergrund eines wenigstens in Grundzügen ausgemalten Menschenbildes beantworten. Eine europäische Tradition, die in der Neuzeit von Goethe und Marx prononciert worden ist,¹⁰ definiert das humane „Gattungswesen“ als „freie bewußte Tätigkeit“, die es dem Subjekt gestattet, sich in der durch diese Tätigkeit anverwandelten Umwelt wiederzuerkennen. Die menschliche Natur als Grundverlangen nach *Aktivität*, die *wahrnehmbare Folgen* hat: es gibt etliche Gründe, die diese anthropologische Prämisse stützen. Der wichtigste: Im Vergleich zu Pflanzen und Tieren ist der Mensch ein Mangelwesen, das darauf angewiesen ist, seine Welt selbst herzustellen. Die ungeheure Vielfalt an Kulturen, die dieses Mangelwesen hervorgebracht hat, zeigt zugleich die Freiheitschance, die in dieser Natur angelegt ist: Der Mensch ist nicht nur ein zur Aktivität gezwungenes, sondern auch ein weltoffenes, lernfähiges und kreatives Wesen.

Am reinsten treten diese Grundzüge des Menschentums im künstlerischen Schaffen hervor, das seit Anbeginn zur humanen Lebensweise zu gehören scheint. Gegenüber der übrigen Natur äußern sie sich als – heute problematisch gewordener – Drang, deren (feindliche) Kräfte zu beherrschen und sich dienstbar zu machen. Am sublimsten ist die naturhafte „vita activa“ im sozialen Bereich, an den wir daher in dieser Beziehung zuletzt denken. Hier ist von einem Grundbedürfnis nach *Interaktion*, d.h. nach Wechselwirkung zwischen aufeinander bezogenen folgenreflexiven Handlungen auszugehen, beispielsweise also danach, Abneigung als Streit oder Zuneigung als Liebe auszuleben und sich dabei in den Handlungen der Bezugsperson zu spiegeln.

In der *politischen* Dimension des Sozialen ist die nach anverwandelter Tätigkeit strebende *conditio humana* am Grundbedürfnis nach Partizipation und Mitbestimmung zu erkennen, mithin an der Triebkraft von *Demokratie*, die als Interaktion zwischen mündigen Bürgern und Institu-

tionen aufgefaßt werden kann. Daß sich die Demokratie als besonders dauerhafte Staats- und Gesellschaftsform erweist, demonstriert die Kraft der Interaktion, zwischen gegensätzlichen Interessen zu vermitteln und Probleme Lösungsprozessen zu unterziehen.

Wenn das Bedürfnis nach Anverwandlung der Umwelt durch selbstbestimmte Tätigkeit der Kern der menschlichen Natur ist, dann muß die Zurückdrängung der Folgenreflexivität durch die komplexe Struktur der modernen Gesellschaft die *Unterdrückung* dieser Natur bedeuten. Daß dem Subjekt durch seine gesellschaftliche Umwelt fortwährend signalisiert wird, sein Handeln könne keine Wirkungen haben, muß eine äußerst leidvolle Erfahrung sein, wenn das Subjekt seinem Wesen nach solcher Wirksamkeit bedarf. Die Entfernung von seiner aktiven Natur, die durch die komplexitätsbedingte Verzögerung und Undurchsichtigkeit von Handlungsfolgen herbeigeführt wird, macht die „normale“ Pathologie des Individuums in der Moderne aus.

Damit jedoch nicht genug. Hochkomplexe Strukturen belasten nicht nur auf spezifische Weise ihre Individuen, sondern auch sich selbst, die Gesellschaft. Denn wenn die Interaktion als soziale Beziehung, in der auf beiden Seiten realistisch-folgenreflexiv gehandelt wird, die Kraft zum Interessenausgleich und zur Selbstregulierung in sich trägt, dann muß es dort, wo es komplexitätsbedingt an realistischer Folgenreflexivität und damit an Interaktion insbesondere zwischen Institutionen und ihrem Publikum mangelt, zum Aufbau von *sozialen Ungleichgewichten* und *Problemen* kommen.

Als Demonstrationsobjekte eignen sich Extremfälle wie die DDR. Dort hatte die Bevölkerung aufgrund der zur Schau gestellten Selbstherrlichkeit von Partei und Regierung fast ganz verlernt, Auswirkungen eigener Handlungsweisen auf den Staat für möglich zu halten, und infolgedessen das Bemühen um echte Mitbestimmung aufgegeben. Die Folgen sind bekannt: Akkumulation unbearbeiteter Konfliktstoffe, deren wachsende Spannung sich schließlich in der äußersten Form folgenreflexiven Kollektivhandelns, einer nicht nur gegen die sich verschärfenden Probleme, sondern gegen das ihnen zugrundeliegende System gerichteten Revolution entlud. Aber auch in marktwirtschaftlich-demokratischen Gesellschaften finden sich – weniger spektakuläre – Beispiele. Daß es in der Bundesrepublik Deutschland zu einer weder von den Politikern noch dem Publikum und am wenigsten den Journalisten gewollten Fehlentwicklung im Rundfunkwesen kommen konnte, liegt nicht zuletzt daran, daß es keine der beteiligten Seiten bei ihrem Handeln in bezug auf die beiden anderen schafft, die an sich absehbaren langfristigen Folgen zu berücksichtigen.¹¹

Interaktion und Illusion

Wenn das Verlangen nach selbstbestimmter Gestaltung der Umwelt, also nach Handlungsfolgen, zur Grundausrüstung des Menschen gehört, dann verschwindet dieses Verlangen auch unter der widrigen Bedingung der Komplexität keineswegs. Im Gegenteil: Der Mensch der Moderne hat ein besonders starkes, weil permanent frustriertes Bedürfnis danach, sich seine Umwelt anzuverwandeln und sich in den Wirkungen seiner Handlungen wiederzuentdecken. Und das heißt: er hat ein besonders starkes Bedürfnis danach, daß seine Handlungen überhaupt Folgen haben (können). Für den sozialen Bereich heißt das: Der Mensch der Moderne hat ein besonders starkes, weil tendenziell frustriertes Verlangen nach *Interaktion*.

Das legt die Befürchtung nahe, daß er bereitwillig an den interaktiven Charakter seiner sozialen Beziehungen glaubt, auch wo er mit seinen Handlungen gar kein Gegenüber erreicht – wenn seiner Wahrnehmung nur Anhaltspunkte dafür gegeben werden, daß seine Handlungen Folgen haben und „andere“ mit ihm interagieren.

In der modernen Gesellschaft gibt es ein reichhaltiges und immer noch wachsendes Angebot an *empirischen Stimuli*, sich solche *Illusionen* zu machen. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts spielte der charismatische „Führer“ eine besondere Rolle, den soziale Bewegungen gerade in der Moderne offenbar brauchen, um sich durchsetzen zu können. Dieser Führer verkörpert das permanente Versprechen, als sorgendes Oberhaupt einer großen Familie, auch „Volksgemeinschaft“ genannt, mit jedem ihrer Mitglieder unmittelbar zu interagieren. Viele „Volksgenossen“ ließen sich von diesem trügerischen Schein nicht zuletzt deshalb betören, weil es tatsächlich das Leiden an der Moderne als Entfremdung von Institutionen, Bürokratien und Technologien gibt.

Nach dem Zusammenbruch der auf Führerprinzip und Gemeinschaftsideologie fußenden Herrschaftssysteme hat in der zweiten Jahrdertehälfte eine andere Form an Bedeutung gewonnen, über die Entfremdung hinweghelfende Illusionen zu evozieren: die technisch-mediale Simulation von Interaktionspartnern auf Kinoleinwänden, Fernsehbildschirmen oder Computer-Monitoren. Was das Publikum im Augenblick der Rezeption gegenüber dem in einem Kriminalfilm agierenden Kommissar oder gegenüber dem Sprecher einer Nachrichtensendung auch empfinden, denken, sagen mag, es wird damit keinen Einfluß auf deren Handeln in diesem Film oder dieser Nachrichtensendung nehmen. Es handelt sich eben nicht um ein Interaktionsangebot, sondern um ein *Ventil*, um den Druck aufgestauter Interaktionsbedürfnisse zu mindern.

Ein etwas komplizierterer Fall ist der Umgang mit Spielautomaten und Computern, weil das Handeln des Nutzers dabei ja tatsächlich „Folgen“

hat. Aber auch hier wird lediglich auf besonders raffinierte Weise die Illusion von Interaktion erzeugt, da diese Geräte ja keine sinnbildenden Subjekte sind, die ihr Handeln auf das des Nutzers zurückbeziehen. Und die Handlungsfolgen sind auch nur in einem vom Apparat und seiner Programmierung zugelassenen engen Rahmen möglich, so daß es letztlich an der Freiheit fehlt, die notwendig ist, damit die humane Natur als Anverwandlung der Umwelt durch ein handelndes Subjekt sich verwirklichen kann.

Die beiden ohne Anspruch auf Vollständigkeit genannten Formen der Illusionsstimulation kommen auch in Kombination miteinander vor. Es sei nur an die Vorliebe Hitlers und Goebbels' für Radio, Film und Fernsehen erinnert, also Medien, die für die propagandistischen Verführungs- und Überredungszwecke eines Regimes besonders brauchbar sind, weil sie die Illusion des unmittelbaren Kontakts zwischen Medienakteuren und Publikum erwecken. Dem gedruckten Wort haben sie in dieser Hinsicht weniger zugetraut, vermutlich weil sie gespürt haben, daß sich die Illusion einer wirkungsmächtigen Spontaneität in der „Volksgemeinschaft“ und eines emotionalen Einklangs mit dem „Führer“ durch ein Medium, das sich per se als solches zu erkennen gibt, bedeutend schwerer stimulieren läßt.

Eine politisch-propagandistische Instrumentalisierung der audiovisuellen Medien durch verbrecherische Regime findet heute in den westlichen Demokratien nicht mehr statt. Aber auch in diesen modernsten, komplexesten, demokratisiertesten und technologisiertesten Gesellschaften gibt es nach wie vor eine starke Empfänglichkeit für die Illusion, als Rezipient(in) mit den Medienakteuren im Lautsprecher oder auf dem Bildschirm zu interagieren. Nicht zuletzt die Inflation des Wortes „Kommunikation“ in den Öffentlichkeiten von Wissenschaft und Geschäft ist bezeichnend für die offenbar weiter wachsende Bereitschaft, sich durch die Massenmedien oder „große Kommunikatoren“ (Prototyp: Ronald Reagan) zu unbewußten Illusionen über die Wirksamkeit des eigenen Handelns verführen zu lassen.

Günther Anders, der die Anfänge des Fernsehens in den USA erlebt hat, hat schon in den fünfziger Jahren kritisch auf das Moment der *Täuschung* hingewiesen, das allen elektronischen Kommunikations- und Interaktionsangeboten innewohnt. Anders hatte den Mut, es für unmenschlich zu halten, wenn sich Hausfrauen in den Star einer Serie verlieben oder ältere Damen Jäckchen für die Babys im Fernsehen häkeln.¹² Daß Familienserien, überhaupt alle fiktionalen Programmgenres im „dualen“ Programmangebot im Vormarsch sind, und daß auch die journalistische Information im Fernsehen immer stärker mit appetitanregenden Unterhaltungselementen gewürzt wird, spricht nicht für den oft angenomme-

nen Lernprozeß, der mit zunehmendem Medienumgang die gesellschaftliche Bedeutung jener elektronisch erzeugten Täuschung, wie sie etwa der Massenhysterie bei der fingierten „Invasion vom Mars“ in den dreißiger Jahren zugrundelag, abgeschwächt habe.

Im übrigen bleibt die prinzipielle *Instrumentalisierbarkeit* der medial stimulierten Illusion für ideologische Zwecke bestehen, auch wenn eine Ideologisierung, wie sie der Faschismus betrieben hat, aufgegeben worden ist.

Illusion und Aufklärung

Welcher „Rezipient“ berücksichtigt schon, wenn er eine als schlecht empfundene Sendung eingeschaltet läßt, daß er damit tatsächlich zu ihrer Erhaltung im Programmangebot beiträgt? Und wer läßt sich nicht gern von den freundlichen Damen und Herren, die uns vom Bildschirm aus anlächeln, in der angenehmen, weil traditionellerweise zur Interaktion gehörenden, aber trügerischen Empfindung wiegen, sie wären höchst persönlich für einen selbst da? Es braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, daß und wie *Entfremdung* und *Illusion* gegenüber politischen Parteien, Behörden, Wirtschaftsunternehmen, der Bahn und vielen anderen Institutionen auf ähnliche Weise zusammenkommen und sich mischen.

Was folgt daraus für die Bestimmung von Wahrheit und Wirklichkeit im *Journalistenberuf*? Journalismus, das sagt schon das Wort¹³, soll und will „aufklären“, der Begriff von Wahrheit und Wirklichkeit in diesem Beruf ist eng mit dem Begriff „Aufklärung“ verbunden. Wenn die pathologische Signatur der Moderne eine Täuschung (sowohl im Sinne von Getäuscht-Werden als auch Sich-Täuschen) ist, indem subjektive Rezeptivität wie auch interaktionsgemäßes Handeln aufgrund der Schwierigkeit, vermittelte und zeitversetzte Handlungsfolgen in komplexen Strukturen als solche wahrzunehmen, *deplaziert*, also an Stellen gerückt werden, wo entweder tatsächliche Handlungsfolgen verkannt oder vorgespiegelte imaginiert werden, dann ergibt sich daraus eine inhaltliche Vorstellung, was „Aufklärung“ bedeuten kann.

Aus gesellschaftstheoretischer Sicht verlangt das Gebot zu Wahrheit und Wirklichkeitsnähe dem Journalismus die *Orientierungsleistung* ab, die Deplaziertheit von subjektiver Rezeptivität (als Entfremdung) und interaktionsgemäßem Handeln (als Illusion) zurechtzurücken, indem in komplexen Strukturen schwer wahrnehmbare Handlungsfolgen *transparent* gemacht werden. Denn wenn es zutrifft, daß die modernen Institutionen nur scheinbar „eigendynamisch“ sind, in Wahrheit aber abhängig von den Handlungsweisen ihrer Klienten oder Mitglieder, dann muß es für das ein-

zelle Handlungssubjekt auch möglich sein, solche Auswirkungen seines Tuns und Lassens zu durchschauen und in dessen subjektiven Sinn einzubeziehen.

Das für die moderne Gesellschaft charakteristische Problem der Entfremdung und der sich daraus ergebenden Selbstregulierungsdefizite ist also *prinzipiell lösbar*. Journalismus kann zu dieser Lösung beitragen, indem er sich an die Orientierungsaufgabe hält, einerseits tatsächliche, aber unmittelbar nicht wahrnehmbare Handlungsfolgen transparent zu machen, und andererseits aufgrund interessierter Stimulation imaginier- te Interaktion zu desillusionieren.

Aufklärung, auch journalistische, verfolgt traditionellerweise das Ziel, Trugbilder, falsche Hoffnungen und Illusionen zu zerstören. Diese *destruktive Strategie* bleibt oft unwirksam oder in ihrer Wirkung auf intellektuelle Minderheiten beschränkt, weil sie den Menschen das Fernsehen oder andere Ersatzobjekte ihrer Interaktionsbedürfnisse madig macht, ohne sich darum zu scheren, wie diese Bedürfnisse denn sonst befriedigt werden sollen. Dies muß zu Abwehrreaktionen führen, aus denen das Mißverhältnis zwischen der großen Zahl und dem Engagement bisheriger (journalistischer) Aufklärungsbemühungen und ihrer realen Erfolglosigkeit auch zu erklären sein mag. Es genügt eben nicht darauf hinzuweisen, daß Faschismus oder Vielsehen gefährlich sind, erfolgreiche Aufklärung hätte auch zu zeigen, was denn Besseres an deren Stelle treten könnte. Solcher *konstruktiven Strategie* bietet sich im Journalismus die Veranschaulichung der Folgen an, die das alltägliche Konsum-, Wahl- oder Einschaltverhalten hat. Aufklärungsjournalismus dieser Art zielt auf informiertes und bewußtes Handeln ab und stärkt das Selbstbewußtsein des Subjekts gegenüber der scheinbaren Zwangsläufigkeit moderner Institutionen, indem er deren Abhängigkeit von ihren Klienten und Kunden zeigt.

Ein Beispiel ist die Medien begleitende Publizistik: Der realistischen Folgenreflexivität im Publikum förderlich wären lebensnahe Reportagen über den Berufsalltag von Redakteuren in Rundfunkanstalten und wie sie mit der Information über die Einschaltquoten ihrer Sendungen umgehen. Bisher blitzt in der Medienpublizistik nur gelegentlich eine Ahnung von der zwar komplizierten, aber realen Interaktion zwischen Medienmachern und Publikum auf, z.B. im folgenden ironischen Kommentar zum Überhandnehmen der Tennisübertragungen infolge des „Phänomens“ Boris Becker im deutschen Fernsehen: „Wir (die Zuschauer nämlich) wußten, daß unsere Unentschlossenheit, per Fernbedienung abzuschalten, Konsequenzen haben würde. Einschaltquoten würden errechnet werden, die dem Sender und den Sponsoren Ansporn zu weiteren Mammutübertragungen geben, heilige Programm-Kühe wie die ‚Tagesschau‘ und ‚heute‘

zuhauf auf dem Altar in den Sendezentralen geschlachtet werden.“¹⁴ Ernsthaft, genau und oft gegeben, würden solche Hinweise das Selbstbewußtsein der Zuschauer fördern, durch das eigene Nutzungsverhalten das Programm mitbestimmen zu können. Der Gedanke läßt sich natürlich wieder von der Medienpublizistik auf die Berichterstattung über andere Institutionen übertragen.

Aufklärung und Praxis

Journalisten haben über *Geschehenes* zu berichten und nicht über Zukünftiges zu spekulieren. Zeitversetzte Folgen aktueller Handlungen haben aber den Status des Potentiellen und nicht des Faktischen, und sie liegen nicht in der Gegenwart oder Vergangenheit, sondern in der Zukunft.

Mit dem Prinzip *Folgentransparenz* kann also *nicht* gemeint sein, dem Publikum mögliche, aber noch nicht eingetretene Folgen bestimmter Handlungen als gewiß vorzustellen, um besser vor damit verbundenen Gefahren warnen zu können. Auch dies würde, indem es von der eigenständigen Reflexion entbindet, kaum das Verantwortungsbewußtsein der Empfänger solcher Botschaften stärken. Sondern es geht darum, die Leserin oder den Zuschauer dafür zu sensibilisieren, daß viele ihrer alltäglichen Handlungen *überhaupt weitreichende Wirkungen haben (können)*, was eine *notwendige Voraussetzung* ist, um sie als solche wahrzunehmen. Die Entscheidung, welche Handlungen und welche Folgen dies sind, sollte der Journalist seinem Rezipienten nicht abnehmen wollen, weil damit jene Freiheit eingeengt würde, die Verantwortungsethik erst möglich macht. Seine Aufgabe ist es vielmehr, die erforderlichen *Informationen* bereitzustellen, damit solche Entscheidungen bewußt und kompetent getroffen werden können.

Dafür bietet sich das Zurückführen *bekannter Folgen*, über die berichtet wird, auf vergangene und im Prinzip *ebenfalls bekannte* Handlungen an. Vom Journalismus vergangener Jahrzehnte hätte also nicht erwartet werden können, daß er bei Berichten über die Kühlgeräteindustrie oder den FCKW-Verbrauch die gesundheitsschädliche Verdünnung der Ozonschicht in der Stratosphäre voraussagt. Vom gegenwärtigen Journalismus muß aber im Sinne der Folgentransparenz erwartet werden, daß er beim Thema Ozonlöcher nicht zu sagen vergißt, wie diese letztlich mit dem direkten oder indirekten FCKW-Verbrauch jedes Konsumenten zusammenhängen.

Journalistische Folgentransparenz, die so nicht das kausale, aber das zeitliche Verhältnis von Ursache und Wirkung umdreht, wird zwar konkreten Problemen stets hinterherhinken. Auch im Falle unerwünschter Handlungsfolgen läßt sie sich nämlich erst bewerkstelligen, wenn diese

bereits eingetreten sind. Dies muß aber in Kauf genommen werden, wenn die Bestimmung seiner Wahrheitsqualität als Folgentransparenz nicht zu einer erneuten Ideologisierung des Journalismus führen soll. Zuspätkommen ist der unvermeidliche Preis überprüfbarer Faktizität, also jener Wahrheitsqualität, die die prozedurale Vernunft mit Recht verlangt.

Es gibt jedoch auch jenseits der bloßen Erkenntniskritik Gründe, die diesen Preis annehmbar erscheinen lassen. Der wichtigste ist schon angedeutet worden: Das „Prinzip Verantwortung“¹⁵ bedeutet weniger ein konkretes Verbot bestimmter Handlungen, die bekannte unerwünschte Folgen haben – dies würde ja die Unbedenklichkeit von Handlungen mit ungewissen Folgen nahelegen –, als die Präsenz des Wissens, daß Handlungen nicht-absehbare und daher natürlich auch nicht-intendierte Folgen haben können, sowie eine aus diesem Wissen gespeiste *Skepsis* gegenüber der unbedachten *Tat*. Und diese grundsätzliche Vorsicht läßt sich ebenso gut, wenn nicht besser durch einen Journalismus stärken, der erwünschte wie unerwünschte Handlungsfolgen erst nachträglich, wenn sie eingetreten sind, durchschaubar macht.

Journalisten, die sich konsequent der Versuchung zur spekulativen Prognose widersetzen, haben es im übrigen leichter, von Verantwortung entlastende Spekulationen auf die Zukunft zu *kritisieren*. Ein solider Journalismus kann es sich beispielsweise leisten, die übliche Beweislastregel bei der Einführung neuer Technologien umzudrehen. Was man von der früheren Medienberichterstattung über den FCKW-Verbrauch durchaus hätte erwarten können, ist das unnachgiebige Pochen auf den Nachweis der Unbedenklichkeit im Sinne „negativer“, desillusionierender Aufklärung.

Der herkömmliche Informationsjournalismus freilich vermag Auswirkungen von Handlungsweisen der gesellschaftlichen „Basis“ beispielsweise auf politische Institutionen kaum durchschaubar zu machen, weil er sich auf die institutionelle Politik konzentriert und diese so von den Einstellungen und Bewußtseinlagen des Publikums abgekoppelt erscheinen läßt. Und der Boulevard-Journalismus ist dazu kaum besser in der Lage, weil er sich zum Zweck der Publikumsmaximierung ganz überwiegend um die subjektiven Gefühle, Interessen und Sinngebungen des Publikums kümmert und dabei die strukturelle Ebene der Institutionen vernachlässigt, auf der die Handlungsweisen der „Basis“ deshalb ebenfalls folgenlos erscheinen. Ein Beispiel: Auf den Super-GAU im sowjetischen Atomkraftwerk Tschernobyl im Frühjahr 1986 reagierte die Tagespresse auf diametral entgegengesetzte Weise: Zeitungen wie die *Frankfurter Allgemeine* oder die *Frankfurter Rundschau* berichteten vor allem darüber, was national und international von Regierungen zum Schutz der Bevölkerung und zur Verhinderung zukünftiger Katastrophen getan und geplant wurde. Da-

gegen schilderte die *Bild-Zeitung* vor allem, welche Gefahren mit der nuklearen Verseuchung im Alltag verbunden waren, und gab Tips, wie man sich zumindest notdürftig schützen konnte. Der jeweils komplementäre Themenbereich fehlte anfangs fast ganz.¹⁶

Wenn Personen und Institutionen vom Journalismus überhaupt miteinander in Verbindung gebracht werden, dann meist nur so, daß die Folgen institutioneller Dynamik, beispielsweise der Gesetzgebung, für das Alltagshandeln gezeigt werden, aber nicht in umgekehrter Richtung so, daß die Möglichkeiten des Publikums, per Wahl oder Konsumverhalten auf die institutionelle Dynamik einzuwirken, plastisch deutlich würden. Gerade auf diese Verbindung käme es aber an, wenn Folgenreflexivität und Interaktion in den komplexen Makrostrukturen moderner Gesellschaften gestärkt werden sollen. Dafür brauchte es einen Journalismus, der die tatsächlich vorhandenen, aber durch die funktionale Differenzierung auch zwischen ihren bewußtseinsbildenden Institutionen verborgenen Verbindungsfäden zwischen „System“ und „Lebenswelt“ (Jürgen Habermas)¹⁷ sichtbar macht.

Anmerkungen

1. M. Weber, *Der Beruf zur Politik*, in: M. Weber, *Soziologie. Weltgeschichtliche Analysen. Politik*, Stuttgart, 4. Aufl. 1968, S. 167–185, hier S. 183f.
2. Auf dieses Phänomen ist bereits vor der Machtübergabe an Hitler hingewiesen worden. Vgl. Th. Geiger, *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*, Stuttgart 1932, wo es im Exkurs *Die Mittelstände im Zeichen des Nationalsozialismus* (S. 109–122) z.B. heißt: „... die politische Gleichgültigkeit, die bis dahin in weiten Kreisen der Angestellten geherrscht hatte, die ... bestehende Abneigung gegen den proletarischen Parteisozialismus erleichterten ihm [dem Nationalsozialismus] das Eindringen um ein übriges. ... Nur die katholischen Angestelltenverbände haben vermutlich standgehalten, ebenso wie die katholischen Arbeitergewerkschaften. Denn dort wird die ständische Mentalität durch die thomistisch-katholische Gesellschaftsphilosophie abgefangen“ (S. 121f.).
3. Vgl. J. B. Metz, *Religion und Politik auf dem Boden der Moderne. Eine Positionsbestimmung im Lichte der Neuen Politischen Theologie*, in: *Frankfurter Rundschau*, vom 10.6.1995.
4. Vgl. *Publizistische Grundsätze (Pressekodex) und Richtlinien für die publizistische Arbeit nach den Empfehlungen des Deutschen Presserats*, in: *Schwarz-Weiß-Buch, Sprechpraxis des Deutschen Presserats*, Bonn 1990, S. 293–320.
5. Vgl. R. Geisendörfer, *Für die Freiheit der Publizistik*, Stuttgart 1978, S. 40, 46.
6. Von hier bis zum vorletzten Abschnitt VI. folgt die Argumentation im wesentlichen meiner Habilitationsschrift. Vgl. H. Pöttker, *Entfremdung und Illusion. Soziales Handeln in der Moderne*, unver. Manuskript, Universität-Gesamthochschule Siegen, Fachbereich 1, Juni 1995.
7. Vgl. M. Weber, *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, Tübingen, 4. Aufl. 1947, S. 203.
8. Vgl. K. Marx, *Ökonomisch-philosophische Manuskripte (1844)*, in: K. Marx/F. Engels, *Studienausgabe in 4 Bänden*. Hrsg. von I. Fetscher, Bd. II, *Politische Ökonomie*, Frankfurt a.M. 1966, S. 38–129.

Wolfgang Wunden (Hrsg.)

Wahrheit als Medienqualität

Beiträge zur Medienethik
Band 3

Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik
Frankfurt am Main

Redaktion: Johannes Gawert / Thomas Hammerschmidt

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Beiträge zur Medienethik / Wolfgang Wunden (Hrsg.). -
Frankfurt am Main : Gemeinschaftswerk der Evang.
Publizistik, Abt. Verl.
(GEP-Buch)
Früher außerdem im Verl. Steinkopf, Hamburg, Stuttgart
NE: Wunden, Wolfgang [Hrsg.]

Bd. 3. Wahrheit als Medienqualität. - 1996

Wahrheit als Medienqualität / Wolfgang Wunden (Hrsg.). -
Frankfurt am Main : Gemeinschaftswerk der Evangelischen
Publizistik, Abt. Verl., 1996
(Beiträge zur Medienethik; Bd. 3)
ISBN 3-921766-88-5
NE: Wunden, Wolfgang [Hrsg.]

© 1996 Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik, Abt. Verlag,
Frankfurt am Main
Druck und Verarbeitung: Memminger Zeitung Verlagsdruckerei, Memmingen

Inhalt

HANS NORBERT JANOWSKI
Vorwort 9

WOLFGANG WUNDEN
Einleitung 11

I WAHRES UND FALSCHES IM MEDIENALLTAG

EDUARD W.P. GRIMME
Runde Geschichten
Zur journalistischen Rekonstruktion der Wirklichkeit 19

CHRISTIAN DOELKER
Getürkte Wirklichkeit
Vom Mißbrauch der Bilder 29

MICHAEL HALLER
Das allmähliche Verschwinden des journalistischen Subjekts
Die Bedeutung der redaktionellen Organisation
für die Informationsproduktion 37

GABRIELE SIEGERT
„... so eine Art Erfahrungssurrogat“?
Vom Umgang der Rezipienten mit Medienrealität 47

II ETHIK MEDIALER KOMMUNIKATION

GISO DEUSSEN
Ohne Wahrheit keine Freiheit
Wahrheitserkenntnis und publizistische Medien
in der katholischen Soziallehre 63

PETER J. VELTE
Wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit
Aus der Spruchpraxis des Deutschen Presserats 73

DIETMAR MIETH
Wahrhaftig sein - warum?
Die Grundnorm der Wahrhaftigkeit, ihre ethische Begründbarkeit
und ihre Universalität 85

HORST PÖTTKER
Prinzip Folgentransparenz
Über die Orientierungsaufgabe von Journalisten 103

III MEDIEN UND WIRKLICHKEITEN

GÜNTER BENTELE
Wie wirklich ist die Medienwirklichkeit?
Anmerkungen zu Konstruktivismus und Realismus
in der Kommunikationswissenschaft 121

KLAUS EDER
Politische Öffentlichkeit oder öffentliche Meinung?
Eine Theorie des öffentlichen Diskurses 143

WOLFGANG R. LANGENBUCHER
Das Bewußtsein steigern
Publizisten und Reporter im Dienst der gesellschaftlichen
Entwicklung 155

LOTHAR MIKOS
„Es wird dein Leben!“
Fernsehserien und ihre Bedeutung für Lebensgeschichte
und Lebenswelt von Zuschauern 173

IV MEDIENQUALITÄT

HANS-DIETER KÜBLER
Medienqualität - was macht sie aus?
Zur Qualität einer nicht beendeten, aber verstummenden Debatte .. 193

LUTZ M. HAGEN
Wie krank war Honecker wirklich?
Zur „Richtigkeit“ von Agentur-Meldungen 211

MARTIN GLÄSER
Transparenz zahlt sich aus
Zum Qualitätsmanagement von Multimedia-Produkten 231

PETER MARCHAL
Wege zur Wirklichkeit
Dokumentarfilm als Chance für das Fernsehen 241

AutorInnenverzeichnis 269

Register 275